

Österreicher verdienen **FAÏRNESS**

Freiheitliches Wahlprogramm
zur Nationalratswahl 2017



Inhalt



1. Unsere Grenzen sichern – Österreich ist kein Einwanderungsland
2. Unsere Souveränität und Selbstbestimmung schützen
3. Unsere Kultur, Werte und Traditionen bewahren
4. Unsere Bevölkerung direktdemokratisch entscheiden lassen
5. Unsere öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten
6. Unser Land verteidigen – Ja zu Neutralität und Wehrpflicht
7. Unsere Familien als Keimzellen der Gesellschaft fördern
8. Unserer Jugend eine Zukunft als unabhängige Bürger ermöglichen
9. Unser Bildungssystem konkurrenzfähig machen
10. Unserer Jugend einen freien Hochschulzugang ermöglichen
11. Unsere Frauen gleichberechtigen und sie vor Diskriminierung schützen
12. Unseren Senioren einen Ruhestand in Würde ermöglichen
13. Unser Sozialsystem und unseren Arbeitsmarkt fair gestalten
14. Unseren Wohnraum wieder leistbar machen
15. Unser Gesundheits- und Pflegesystem effizienter machen
16. Unsere Dörfer lebenswert erhalten und gestalten
17. Unsere Bauern als Garant für Lebensmittelsicherheit schützen
18. Unsere Tiere als Mitgeschöpfe achten
19. Unsere Umwelt und unser Wasser schützen
20. Unsere Leistungsträger belohnen und nicht bestrafen
21. Unsere Betriebe von bürokratischen und finanziellen Schikanen entlasten
22. Unsere Infrastruktur ausbauen und erneuern
23. Unseren Rechtsstaat verteidigen
24. Unsere Verwaltung nachhaltig reformieren
25. Unsere Identität in Europa bewahren



Heinz-Christian Strache
FPÖ-Bundesparteiobmann

100 FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise

Österreicher verdienen Fairness. Denn Österreich durchleidet spürbar eine massive Fairnesskrise. Wir haben die höchste Steuerbelastung bei einem aufgeblähten Staatsapparat, eine Einschränkung aller Freiheitsräume durch Überregulierung (Gewerbeordnung, überbordende Gesetzesflut) und eine doppelte Umverteilung: einerseits von den Leistungsträgern zu einem nimmersatten Staatsapparat, andererseits von Sozialleistungen größten Ausmaßes an Menschen, die noch nie einen Cent in das Sozialsystem eingezahlt haben. Hinzu kommen Begehrlichkeiten nach neuen Steuern wie etwa der Erbschaftssteuer oder die absurde Idee eines Dieselvebots. Das finden viele Österreicherinnen und Österreicher zu recht unfair.

Der FPÖ geht es daher darum, in diesem Land endlich etwas voranzubringen und es aus den Klauen des rot-schwarzen Proporz zu befreien. Denn eines haben alle Österreicherinnen und Österreicher inzwischen mehrfach gelernt. Wieviel auch die einstigen Großparteien bei Wahlen verloren haben, es ist sich immer wieder gerade noch für eine Koalition gegen den Wählerwillen ausgegangen.

Wir wollen daher definitiv so stark werden, dass eine Wiederholung einer rot-schwarzen oder schwarz-roten Koalition nicht mehr in Frage kommt. Es wurde genug blockiert, genug gestritten und die Österreicher haben genug gelitten. Den Österreicherinnen und Österreichern ist keine weitere Legislaturperiode einer schwarz-roten Proporzregierung zumutbar.

Regieren heißt nämlich, Entwicklungen bereits im Ansatz zu entdecken, Probleme zeitgerecht zu adressieren – statt zu verharmlosen und zu verleugnen – und effiziente Maßnahmen einzuleiten. Dies haben SPÖ und ÖVP schon lange vergessen. Regieren ist kein Selbstzweck, sondern muss als Dienst an den Österreicherinnen und Österreicher verstanden werden.

In unserem Wahlprogramm finden Sie exakt 100 Forderungen, welche die FPÖ in einer Regierung umsetzen wird. Denn unser Land muss endlich fairer regiert werden!

*Es geht um Fairness,
Hr HC Strache*

Unsere Grenzen sichern – Österreich ist kein Einwanderungsland

Die FPÖ bekennt sich dazu, die Heimat, die autochthone Bevölkerung und damit die österreichische Leitkultur zu schützen. Das Grundrecht auf Heimat verpflichtet uns zu einer verantwortungsvollen Kontrolle, welche Menschen in Österreich eine neue Heimat finden oder auch nur temporär in den Arbeitsmarkt einwandern dürfen. Bis auf Weiteres lehnt die FPÖ aufgrund der Migrationswellen der jüngsten Vergangenheit jegliche Zuwanderung ab.

Natürlich bekennen wir uns dazu, Menschen, welche aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen verfolgt werden, Asyl zu gewähren, sofern sie nicht über ein sicheres Drittland in unser Bundesgebiet eingereist sind. Asyl ist Schutz vor Verfolgung, und zwar auf Zeit, nämlich bis zum Wegfall des Asylgrundes.

Einer ungehinderten und maßlosen Zuwanderung, wie sie in den letzten Jahren geschehen ist, muss ein Riegel vorgeschoben werden. Wenn die Europäische Union ihre Außengrenzen nicht schützen kann oder will, hat Österreich mit unbe-

fristeten Grenzkontrollen selbst für seine Sicherheit zu sorgen.

Österreich hat die Verpflichtung, sich mit der konsequenten Rückführung von Ausländern zu befassen, die illegal nach Österreich eingereist oder hier straffällig geworden sind, die Sozialmissbrauch betreiben oder deren Asylansuchen abgelehnt wurde. Jeglicher finanzieller Anreiz, welcher – wie die Mindestsicherung – als Lockmittel dient, ist zu unterbinden. Im Asylverfahren sollen nur Sach- und keine Geldleistungen zur Verfügung gestellt werden. Auch Asylberechtigte sollen so lange in der Grundversorgung bleiben, bis sie sich einen Anspruch auf Versicherungsleistungen erarbeitet haben.

Multikulturelle Parallelgesellschaften lehnen wir ab. Der Islam ist kein Teil Österreichs, die Auswüchse seiner fundamentalistischen Richtungen müssen entschlossen bekämpft werden. Von der Gefährlichkeit des Islamismus zeugen hunderte Tote und Verletzte, welche dem durch ihn verursachten Terror zum Opfer fielen.



UNFAIR ist:

- ✚ Dass Österreich die **Hauptlast des Zuwandererstroms** tragen muss, weil weder die EU noch die österreichische Bundesregierung bereit sind, die Dublin-Regelung anzuwenden
- ✚ Dass sich unter dem **Deckmantel der Religionsfreiheit** ungehindert islamistische Strukturen bilden können, die sich jeglicher Integration konsequent widersetzen
- ✚ Dass eine **regelrechte „Asylindustrie“** aus steuergeldfinanzierten NGOs aus der Massenzuwanderung ein Riesengeschäft auf Kosten der Österreicher macht

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Zuwanderung

- ✚ **Zuwanderung stoppen** und konsequente Abschiebung von Scheinasylanten
- ✚ **Aberkennung der Staatsbürgerschaft von Dschihad-Rückkehrern**
- ✚ Unverzögliche **Aberkennung aller Staatsbürgerrechte** bei illegaler Annahme einer fremden Staatsbürgerschaft.
- ✚ Übertragung der gesamten **Flüchtlingsbetreuung in staatliche Verantwortung** und weg von den NGOs.

Unsere Souveränität und Selbstbestimmung schützen

Es entspricht freiheitlicher Geisteshaltung, dem einzelnen Menschen die Freiheit als höchstes Gut einzuräumen und darin gleichzeitig einen unverzichtbaren Wert zu sehen. Der einzelne Mensch ist jedoch stets in eine Gemeinschaft gestellt, die ebenfalls selbständig Träger von Freiheitsrechten ist – von der Familie bis zum Volk. Wir Freiheitliche sind daher bestrebt, eine Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, die dem Einzelnen einen durch Grund- und Freiheitsrechte garantierten, staatsfreien Raum gewährleistet. Auf der anderen Seite wollen wir unsere Heimat als möglichst autonomen und autarken Staat in der internationalen Staatengemeinschaft etabliert wissen.

Ein Höchstmaß an Freiheit kann nur dort bestehen, wo sämtliche Grund- und Freiheitsrechte tatsächlich gewährleistet und staatlich garantiert sind. Dazu gehören insbesondere die Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Presse- und

Informationsfreiheit, für die Studenten und Arbeiter bereits im Revolutionsjahr 1848 kämpften.

Aus der zunehmend zentralistischen Europäischen Union kommen immer mehr freiheitsgefährdende Tendenzen. Internationale Abkommen mit den USA, etwa über den Austausch von Bank- und Fluggastdaten, stellen unzulässige Eingriffe in die Privatsphäre dar. Das angedachte Bargeldverbot würde zu einer vollständigen Kontrolle sämtlicher Zahlungsvorgänge führen und den „gläsernen Menschen“ schaffen.



UNFAIR ist:

- ✦ Dass **vitale Lebensinteressen und private Daten zum Spielball** und zur Handelsware internationaler Spekulanten und Konzerne werden
- ✦ Dass unter dem Deckmantel der Verbrechensbekämpfung die **Überwachung unbescholtener Bürger** immer weiter vorangetrieben wird
- ✦ Dass **staatlich subventionierte Medien die Pressefreiheit** für die gezielte Beeinflussung der Bürger in einer bestimmten politischen Richtung **missbrauchen**

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Freiheit und Verantwortung

- ✦ Evaluierung der Europäischen Menschenrechtskonvention und gegebenenfalls Ersatz durch eine „**Österreichische Menschenrechtskonvention**“, die auch das Heimatrecht der Österreicher schützt
- ✦ **Schutz des Bargeldes** in die Verfassung aufnehmen
- ✦ **Abschaffung von Informations- und Medienmonopolen**
- ✦ **Schutz der Autonomie von Familie und autochthonen Volksgruppen**

Unsere Kultur, Werte und Traditionen bewahren

Kultur ist aus freiheitlicher Sicht die Gesamtheit aller zivilisatorischen Ausdrucksformen. Ihre höchste schöpferische Ausdrucksform ist die Kunst, die in einer freiheitlichen Gesellschaft keiner Beschränkung unterliegt. Uns Freiheitlichen gilt die Freiheit als höchstes Gut. Diese ideale Grundhaltung hat in der österreichischen Verfassung Einzug gefunden.

Österreichs kulturelle Errungenschaften zeigen über Jahrhunderte hinweg eine bewegte Geschichte und bilden die geistige und künstlerische Lebensform unserer Gesellschaft ab. Neben bildender Kunst, Sprache und Musik fallen auch Wissenschaft und Brauchtum darunter.

Unser kultureller Reichtum muss bewahrt, weiterentwickelt und gefördert werden. Da Bräuche und Traditionen lebendige Medien sind, welche auch einem Wandel unterliegen und nur von uns Menschen gelebt werden können, liegt es an uns,

für unsere Kinder und Enkelkinder diese wertvollen Errungenschaften weiterzuführen.

Die Bewahrung unserer Identität ist das Gewissensthema unserer Epoche. Die Bewahrung der Identität gelingt aber nur, indem die Tradition aktiv weiterentwickelt und fortgeführt wird.

In einer Zeit der Identitätsvernichtung und der Entfremdung der Völker von ihren Wurzeln im Interesse globaler Großkonzerne und weltweit tätiger Finanzjongleure gilt dem ideellen Engagement für die Bewahrung der eigenen Kultur und Sprache besondere Achtung.

Aus Ehrfurcht vor den künstlerischen Leistungen und kulturellen Errungenschaften früherer Generationen ist es eine gesamtgesellschaftliche und staatliche Aufgabe, das vielfältige und große kulturelle Erbe Österreichs zu bewahren.



UNFAIR ist:

- ✚ Dass **Steuerzahler die österreichischen Bundesmuseen massiv fördern**, zugleich aber für Familien der Eintritt schwer leistbar ist
- ✚ Dass **der ORF mit Zwangsgebühren finanziert wird**, aber der Anteil österreichischer Film- und Musikproduktionen im Programm verschwindend gering ist
- ✚ Dass unseren Vereinen die **Selbstfinanzierung durch Veranstaltungen** mittels Bürokratie und Auflagen **erschwert oder verwehrt** wird

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Kultur

- ✚ **Freier Eintritt** für österreichische Familien in unsere Museen
- ✚ **Stärkung der kulturellen Identität** durch Erhaltung und bessere Förderung von regionalen Brauchtumsinitiativen
- ✚ **Rückführung des ORF auf seinen öffentlich-rechtlichen Auftrag** inklusive Verpflichtung zur verstärkten Ausstrahlung österreichischer Inhalte
- ✚ **Mehr Transparenz** im Kulturförderdschungel

Unsere Bevölkerung direkt-demokratisch entscheiden lassen

Die direkte Demokratie unterstützt die repräsentative Demokratie in ihren Aufgaben. Sie bedeutet eine intensivere Auseinandersetzung mit Sachthemen im Rahmen der politischen Diskussionskultur. Die Parteien und deren Repräsentanten werden damit angehalten, die Bürger von ihren inhaltlichen Positionen zu überzeugen. Die österreichische Bevölkerung hat ein gigantisches Potential an Talenten, Fähigkeiten und Begabungen. Sie zeichnet sich durch Leistungsbereitschaft, Fleiß und großes Engagement aus. Sie ist voller Selbstvertrauen und hat einen feinen Sinn für Werte wie Gerechtigkeit und Respekt und ein ausgeprägtes Gespür dafür, was richtig und falsch für unser Land ist.

Direkte Demokratie ist der beste Weg, um das Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen und auch solche Maßnahmen zu realisieren, die bisher von jenen Gruppen blockiert wurden, die selbst Nutznießer dieses Systems sind, das dringend

reformbedürftig ist. Als erster Schritt sollten daher die verfassungsrechtlichen Grundlagen einer Volksgesetzgebung geschaffen werden. In weiterer Folge soll die Geschäftsordnung des Nationalrates im Wege eines Initiativantrages angepasst werden. Darüber hinaus ist die Einführung eines Vetoreferendums und der Volksbefragung als Minderheitenrecht geboten.

Je einfacher es ist, einen Volksentscheid herbeizuführen, umso umsichtiger wird mit Steuergeld umgegangen. Daher muss die Schwelle, die Volksbegehren erreichen müssen, um zu einer verpflichtenden Volksabstimmung zu führen, möglichst niedrig angesetzt werden.



UNFAIR ist:

- ✚ Dass **über das Volk hinweg entschieden** wird und Wahlversprechen nicht eingelöst werden
- ✚ Dass die **repräsentative Demokratie** dazu **missbraucht wird**, Gesetze gegen den offensichtlichen Mehrheitswillen der Bürger zu beschließen
- ✚ Dass **Anliegen politisch aktiver Bürger** in Form von Petitionen oder Bürgerinitiativen im Parlament **konsequent ignoriert** werden

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Demokratie

- ✔ **Ausbau der direkten Demokratie** nach Schweizer Vorbild
- ✔ **Verpflichtende Volksabstimmung über erfolgreiche Volksbegehren**, wenn das Parlament die Forderungen nicht umsetzt
- ✔ Den Bürgern die Möglichkeit geben, **Veto-Volksabstimmungen** gegen vom Parlament beschlossene Gesetze herbeizuführen
- ✔ **Stärkere Einbindung der Jugend** in direkt-demokratische Entscheidungen

Unsere öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten

Österreich hat seinen Bürgern Schutz und Hilfe in allen Bedrohungsszenarien zu gewähren. Sicherheit ist Voraussetzung für Lebensqualität, einen erfolgreichen Finanzplatz sowie den Wirtschafts- und Forschungsstandort Österreich. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheit ist seit Jahren im Sinken und wurde durch das unkontrollierte Hereinlassen von unzähligen Migranten massiv verschlechtert. Immerhin ist es dem Engagement und der Einsatzbereitschaft unserer Polizistinnen und Polizisten zu verdanken, dass die Sicherheitslage nicht noch mehr aus den Fugen geriet.

Der Staat ist gefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Exekutive im Kampf gegen Kriminalität auch in Zukunft wirksam agieren kann. Dazu gehören auch motivationsfördernde Maßnahmen für die Polizei. Das beginnt bei klaren Unterstützungsaussagen durch die Politik und endet bei der Ausrüstung und einem gerechteren Besoldungssystem.

Seit der Schengen-Erweiterung und der damit verbundenen Grenzöffnung fahren Kriminaltouristen und organisierte Banden aus dem Ostentag aus, tagein mit österreichischem Diebesgut über die ausgebauten Verkehrswege heim Richtung Osten. Im Zuge der illegalen Massmigration, des Zustromes an Wirtschaftsflüchtlingen und Scheinasylanten, verstärkt seit September 2015, hat Österreich ein massives Problem mit der Ausländerkriminalität, das sich auch in völlig neuen Bedrohungsszenarien wie dem islamischen Terrorismus zeigt.



UNFAIR ist:

- ✦ Dass die **Kriminalität steigt** und indessen zahlreiche **Polizeiposten zugesperrt** werden
- ✦ Dass sich die **Polizei nach schwierigen und gefährlichen Einsätzen** immer häufiger **massiven medialen Verleumdungen ausgesetzt** sieht
- ✦ Dass **ausländische Straftäter nicht konsequent abgeschoben werden**, sondern nach wie vor dem Steuerzahler zur Last fallen und die Sicherheit der Bürger weiterhin gefährden

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Sicherheit

- ✔ **Postenschließung stoppen** und mehr Personal für die Exekutive
- ✔ **Schaffung eines Exekutivdienstgesetzes** mit einem gerechten Besoldungssystem
- ✔ **Einführung von konsequenten Grenzkontrollen** zur Eindämmung der illegalen Zuwanderung und des Kriminaltourismus
- ✔ **Opferschutz vor Täterschutz**

Unser Land verteidigen – Ja zur Neutralität und Wehrpflicht

Die Aufrechterhaltung der Sicherheit des Staatswesens und seiner Bürger ist eine der Kernaufgaben des Staates. Angriffe von außen sind mit der Landesverteidigung abzuwehren.

Die FPÖ bekennt sich uneingeschränkt zur umfassenden Landesverteidigung und zum Österreichischen Bundesheer als Träger der militärischen Landesverteidigung. Die Verteidigung unserer Neutralität erfordert ein einsatzfähiges und gut ausgebildetes Bundesheer. Die Wehrpflicht ist aufrechtzuerhalten und eine Beteiligung des Bundesheeres an einer EU-Armee ist – Auslandseinsätze unter UNO-Mandat ausgenommen – mit unserer Neutralität unvereinbar.

Die Sicherheit unserer Heimat in allen möglichen Bedrohungslagen erzwingt einen gesamtstaatlichen Ansatz. Dieser war bereits im Rahmen der Umfassenden Landesverteidigung (ULV) vorhanden. Der Geist und die Grundsätze der ULV sind im

Rahmen der Umfassenden Sicherheitsvorsorge (USV) wiederzubeleben und fortzuschreiben.

Zur Erfüllung der Aufgaben des Bundesheeres müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Es bedarf einer ausreichenden Anschubfinanzierung (zum Beispiel für die Modernisierung und Aufstockung des Fuhrparks) und einer Erhöhung des Landesverteidigungsbudgets auf mindestens ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Das Bundesheer muss aus dem Zustand dauernder Unsicherheit herausgeholt werden. Es braucht für die weitere Entwicklung klar erkennbare und realisierbare Ziele.



UNFAIR ist:

- ✚ Dass die **Einsatzfähigkeit des Heeres und seine Bediensteten** unter immer wieder begonnenen, aber nie zu Ende geführten Reformen **leiden**
- ✚ Dass **Grundwehrdiener**, die für Österreichs Sicherheit einstehen, **weniger bekommen als Fremde mit der Mindestsicherung**
- ✚ Dass **bestimmte Kräfte in Politik und Medien** auf dem Rücken unserer Soldaten ein permanentes „**Bundesheer-Bashing**“ **betreiben**

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Landesverteidigung

- ✚ **Massive Erhöhung des Landesverteidigungs-Budgets** auf mindestens ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts
- ✚ **Deutliche Erhöhung der Besoldung** von Soldaten und Grundwehrdienern
- ✚ **Stärkung, Ausrüstung und Ausbau der Miliz** inklusive verpflichtender Milizübungen
- ✚ **Festhalten an der allgemeinen Wehrpflicht** zur Verteidigung der immerwährenden Neutralität

Unsere Familien als Keimzellen der Gesellschaft fördern

Familien sind der wichtigste Faktor für das Funktionieren eines Gemeinwesens. Die Familie als Gemeinschaft von Mann und Frau mit gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft und garantiert gemeinsam mit der Solidarität der Generationen unsere Zukunftsfähigkeit.

Nur ein gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern in Österreich sichert eine gedeihliche Zukunft. Dies bedeutet sowohl gleiche Rechte als auch gleiche Pflichten, vor allem aber Chancengleichheit.

Der Wunsch nach einer Familie und Nachwuchs darf nicht zur Armutsgefährdung führen, denn die Geburtenrate ist in einheimischen Familien in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen.

Dieses Problem kann nicht durch Zuwanderung gelöst werden. Deshalb ist die Förderung der Familie für die FPÖ ein Gebot der Stunde. Es müssen Anreize zur Familiengründung gesetzt und bessere Förder- und Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden. Aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten und der enormen Steuerlast stehen für uns die finanzielle Entlastung und die Schaffung eines sorgenfreien Lebens von Familien im Vordergrund. Die Entscheidung für ein oder mehrere Kinder darf nicht in die Armut führen. Neben familienfreundlichen Steuermodellen ist insbesondere eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine wesentliche Voraussetzung.



UNFAIR ist:

- ✚ Dass die **Entscheidung für Kinder** durch den Staat steuerlich **nicht ausreichend unterstützt** wird
- ✚ Dass **Kindererziehungszeiten nicht ausreichend auf die Pension angerechnet** werden
- ✚ Dass **fehlende Kinderbetreuungsplätze** die Vereinbarkeit mit dem Beruf erschweren

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Familie

- ✔ **Familie leistbar machen** durch ein familiengerechtes Steuersystem als Alternative zur normalen Tarifbesteuerung
- ✔ **Jährliche Anpassung von Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag und Kinderbetreuungsgeld** an die Teuerungsrate
- ✔ **Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern** durch Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen und ein eigenes Berufsbild für Tagesmütter
- ✔ **Verlängerung des Kündigungsschutzes** auf die maximale Bezugsdauer des Kinderbetreuungsgeldes

Unserer Jugend eine Zukunft als unabhängige Bürger ermöglichen

Für uns Freiheitliche spielt unsere Jugend eine zentrale Rolle, denn Österreichs Zukunft liegt in der Hand seiner Kinder und Jugendlichen. Es ist daher sicherzustellen, dass der jüngsten Generation ein guter Start ins Leben durch beste Rahmenbedingungen in Kindheit und Jugend ermöglicht wird. Neben einem sicheren Umfeld in Kindergarten und Schule mit verpflichtender deutscher Sprache ist für die FPÖ auch die Attraktivierung der Lehrberufe eine wichtige Maßnahme, um der herrschenden Jugendarbeitslosigkeit Herr zu werden. Österreich muss seinen Facharbeitermangel selbst beheben, um eine Zukunft als Produktionsstandort zu haben.

Das erklärte Ziel freiheitlicher Jugendpolitik ist der aufgeklärte, unabhängige und mündige Staatsbürger. Dieser muss mit allen notwendigen Kenntnissen und Fähigkeiten ausgestattet sein, um in unserer Gesellschaft als charakterlich gefestigter und freier Mensch bestehen zu können.

Gerade Vereine wie die Freiwillige Feuerwehr, Rettungsorganisationen, Sportvereine und Jugendorganisationen leisten hier einen wesentlichen Beitrag. Ihnen muss mit weniger Bürokratie sowie finanzieller und steuerlicher Unterstützung geholfen werden, damit sie auch in Zukunft diese wertvolle Arbeit leisten können.

Die FPÖ fordert einen qualitativen Ausbau der „täglichen Turnstunde“, da die fehlende Bewegung bei Kindern und Jugendlichen ein Nährboden für Übergewicht und Krankheit ist. Zusätzliche Kosten für das Gesundheitswesen sind die Folge.

Ebenso wichtig sind die Vereinfachung und Reduktion der Strukturen im Sport sowie volle Transparenz, um eine effektive Förderung zu ermöglichen. Ohne funktionsfähige und moderne Sportstätten ist an einen langfristigen Erfolg österreichischer Leistungssportler nicht zu denken.



UNFAIR ist:

- ✚ Dass **unsere Kinder Fremde in österreichischen Schulen** sind
- ✚ Dass **Jugendliche als Praktikanten finanziell ausgenutzt** werden
- ✚ Dass **junge Menschen** trotz Fleiß und Einsatz **keine passende Lehrstelle** finden

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Jugend und Sport

- ✚ **Lehrplatzgarantie** und Schaffung zusätzlicher betrieblicher Lehrstellen durch Anreizsysteme (Blum-Bonus Neu)
- ✚ **Leistungsgerechte Entlohnung** auch für Praktikanten
- ✚ **Restriktive Begrenzung des Ausländeranteils in Schulklassen**, um den Lernerfolg der österreichischen Kinder nicht zu gefährden
- ✚ Entpolitisierung, Transparenz und **Fairness gegenüber allen Sportarten** bei der Sportförderung

Unser Bildungssystem konkurrenzfähig machen

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Der Staat hat sicherzustellen, dass dem Grundrecht auf Bildung durch ein breitgefächertes Angebot an qualifizierten und hochstehenden Bildungseinrichtungen entsprochen wird. Dabei sollen auch private Einrichtungen unterstützt werden, um mit den öffentlichen Institutionen in einen qualitätsfördernden Wettbewerb zu treten.

Ideologische Indoktrination und parteipolitischer Einfluss haben im Bildungssystem nichts verloren. Persönlichkeitsbildung und Wissenserwerb müssen im Vordergrund stehen. Das Bildungssystem hat für jede soziale Schicht offen zu sein. Dennoch sind unterschiedliche Begabungen zu berücksichtigen und Hochbegabungen zu fördern. Uniforme Strukturen, wie etwa die Gesamtschule für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen, sind abzulehnen.

Der Staat hat die Rahmenbedingungen, die Finanzierung, die grundlegenden Ziele des Bildungssystems und die Schulaufsicht festzulegen. Alles Weitere ist schulautonom zu regeln. Mehr Schulautonomie soll eine stärkere Einbindung der Eltern in schulische Entscheidungsabläufe ermöglichen.

Die Facharbeiterausbildung ist aufzuwerten. Die Lehrlingskosten während der Berufsschulzeit sind nicht vom Betrieb, sondern von der öffentlichen Hand zu tragen, um Unternehmen zu entlasten.



UNFAIR ist:

- ✦ Dass der **Unterricht österreichischer Kinder** durch immer mehr Schüler mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen **leidet**
- ✦ Dass **aus ideologischen Gründen die freie Schulwahl** durch die Einführung einer Gesamtschule massiv **eingeschränkt** wird
- ✦ Dass **Familien durch stetig steigende Schulkosten** (Unterrichtsmaterial, Nachhilfe, Nachmittagsbetreuung etc.) immer stärker **belastet** werden

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Bildung

- ✓ **Ausreichende Kenntnis der Unterrichtssprache** vor Schuleintritt
- ✓ **Beibehaltung und Verbesserung des bewährten differenzierten Schulsystems** (Hauptschulen mit Leistungsgruppen, Gymnasien, berufsbildende mittlere und höhere Schulen etc.)
- ✓ **Schaffung eines zeitgemäßen Lehrerdienstrechts** mit einem Jahresarbeitszeitmodell sowie eines neuen Besoldungsrechts mit leistungsbezogenen Komponenten
- ✓ **Erhaltung der „Sonderschule für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf“**, um den Eltern eine Wahlfreiheit im Interesse ihrer Kinder zu ermöglichen

Unserer Jugend einen freien Hochschulzugang ermöglichen

Wissenschaft und Forschung sind Voraussetzungen echter Persönlichkeitsentfaltung in einer Gesellschaft und Basis für eine positive Zukunft unseres Landes. Der Staat hat für Forschung und Lehre die ideellen und materiellen Mittel in Konkurrenz zu privaten Trägern bereitzustellen.

Exzellenz in Forschung und Lehre ist für den Wissenschaftsstandort Österreich von essenzieller Bedeutung. Um aber einen funktionierenden und international konkurrenzfähigen Universitätsbetrieb zu ermöglichen, müsste die Bundesregierung beträchtliche Mittel bereitstellen – gut investiertes Geld, schließlich geht es um unsere Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunft unserer Jugend.

Wir Freiheitliche bekennen uns zum freien Hochschulzugang als unverzichtbaren Bestandteil des österreichischen Bildungswesens. Die aktuellen Zugangsbeschränkungen schließen hauptsächlich

österreichische Studierwillige vom Studium aus. Für ausländische Studierende muss das „Herkunftslandprinzip“ gelten: Nur wenn eine Studienberechtigung im Herkunftsland vorliegt, kann in Österreich ein entsprechendes Studium aufgenommen werden.

Die Finanzierung von öffentlichen Universitäten und pädagogischen Hochschulen ist auf ein Studienplatzfinanzierungsmodell umzustellen. Für alle privat angeworbenen Drittmittel soll ein Anreizsystem geschaffen werden. Studienbeiträge für „Bummelstudenten“ und Drittstaatsangehörige können bis zu einer Obergrenze autonom eingehoben werden.



UNFAIR ist:

- ✦ Dass durch **willkürliche Zugangsbeschränkungen** österreichische Maturanten am Zugang zum Studium gehindert werden
- ✦ Dass **Ausländer nahezu kostenlos** an den vom österreichischen Steuerzahler finanzierten Universitäten **studieren** können
- ✦ Dass Studenten **Zwangsbeiträge an die Hochschülerschaft** bezahlen müssen, die hauptsächlich für politische Agitation ausgegeben werden

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen für die Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Wissenschaft

- ✔ **Freier Hochschulzugang für Österreicher mit der Matura** als alleinige Zulassungsvoraussetzung
- ✔ **Studiengebühren** und „Herkunftslandprinzip“ **für Nicht-Österreicher**
- ✔ **Umstellung der Finanzierung** von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen **auf ein echtes Studienplatzfinanzierungsmodell**
- ✔ **Anhebung der Forschungsfinanzierung** und Schaffung eines Forschungsförderungsgesetzes

Unsere Frauen gleichberechtigten und sie vor Diskriminierung schützen

Frauen verdienen bei gleicher Arbeit immer noch weniger als Männer. Dieser Missstand muss beseitigt werden. Es kann nur gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Die Kinderbetreuung oder auch die Pflege von Angehörigen lastet meist auf den weiblichen Familienmitgliedern. Diese Betreuungspflichten führen dazu, dass Frauen oft nur schlecht bezahlte Teilzeitarbeit wahrnehmen können. Echte Wahlfreiheit für Frauen bedeutet, dass eine Mutter ohne finanziellen Druck die Entscheidung treffen kann, ob sie bei ihren Kindern zu Hause bleiben will und sie auch selbst erzieht und betreut oder ob sie wieder – in welchem zeitlichen Ausmaß auch immer – arbeiten will.

Neben der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind qualitätsvolle Teilzeitarbeitsplätze sowie gute Möglichkeiten zum beruflichen Wiedereinstieg zu schaffen. Die FPÖ steht für eine

gelebte Gleichberechtigung der Geschlechter. Das bedeutet aber keine Gleichmacherei von Mann und Frau. Deshalb sprechen wir uns gegen scheinheilige Alibiaktionen in der Frauenförderung aus, die nicht geeignet sind, die Stellung der Frau tatsächlich aufzuwerten. Wir akzeptieren keine Unterdrückung von Frauen und lehnen daher Zwangsheirat oder Kopftuchzwang strikt ab.

Junge Frauen und Mädchen sehen sich oft in einer ausweglosen Situation, wenn sie schwanger werden. Entsprechend hoch ist die Zahl der Abtreibungen. Diese jungen Frauen und Mädchen müssen entsprechend unterstützt werden. Wenn sich eine junge Schwangere sicher fühlen kann, ihr Leben und ihre Ausbildung auch mit einem Kind zu meistern, wird sie sich wahrscheinlich eher für das Kind entscheiden, als wenn sie sich allein gelassen glaubt. Junge Mütter müssen auch nach der Geburt betreut werden.



UNFAIR ist:

- ✚ Dass **Frauen weniger verdienen als Männer** in gleichwertiger beruflicher Position
- ✚ Dass durch die **Einwanderung von Menschen aus patriarchalen Kulturen** eine neue Frauendiskriminierung stattfindet
- ✚ Dass **Alibimaßnahmen wie das Binnen-I und die Nennung von Töchtern** in der Bundeshymne von den wirklichen Problemen der Frauen ablenken

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Frauen und Kindern

- ✚ **Einkommensschere schließen** – Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit
- ✚ **Tatsächliche Gleichberechtigung** statt heuchlerischer Gleichmacherei
- ✚ **Medizinische und soziale Beratung** vor geplanten Schwangerschaftsabbrüchen und Unterstützung von schwangeren Frauen in schwierigen Lebenssituationen
- ✚ **Nulltoleranz gegenüber jeder Form von Gewalt und Unterdrückung von Frauen und Kindern**, unterstrichen durch härtere Strafen bei Gewaltverbrechen insbesondere an Kindern

Unseren Senioren einen Ruhestand in Würde ermöglichen

Die FPÖ anerkennt die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beiträge der älteren Generation und tritt für eine starke Einbindung älterer Menschen in allen Gesellschaftsbereichen ein.

In den letzten zehn Jahren wurde das Leben vor allem für unsere Senioren, die Österreich wieder aufgebaut haben, spürbar teurer. Gerade in dieser Bevölkerungsgruppe gibt es eine große Zahl an arbeitsgefährdeten Mindestpensionisten. Erhöhte Mieten und stark gestiegene Preise treffen gerade ältere Menschen schwer, was ihre Teilnahme am öffentlichen Leben erschwert und damit auch soziale Verarmung zur Folge hat.

Fleißige Menschen, die jahrzehntelang in den Sozialtopf einbezahlt haben, führen ein Leben an der Armutsgrenze und werden von der Bundesregierung wie Bittsteller behandelt. Während die überwiegende Mehrheit der Pensionisten jeden Euro zweimal umdrehen muss, dürfen sich im staatsnahen Bereich diverse Günstlinge über Mehrfach- oder Luxus pensionen freuen. Um den Senioren ein Altern in Würde zu ermöglichen, muss eine optimale Versorgung in Gesundheit und Pflege sichergestellt sein.



UNFAIR ist:

- † Dass **Mindestpensionen nur wenig höher sind als** die an Zuwanderer ausbezahlte **Mindestsicherung**
- † Dass **wenige Privilegierte**, etwa in der Nationalbank, beim ORF und in den Kammern, **exorbitante Luxus pensionen kassieren**, während sich der durchschnittliche Pensionist das Leben kaum leisten kann
- † Dass immer mehr **ältere Menschen Opfer der stark ansteigenden Kriminalität** werden

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Pensionen

- Y Eine **Mindest-Alterspension von 1.200 Euro** monatlich ab 40 Versicherungsjahren bei besserer Anrechnung von Kindererziehungszeiten
- Y Harmonisierung der Pensionssysteme und **Abschaffung von Luxus pensionen**
- Y **Keine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters** und Umsetzung einer gerechten Schwerarbeiterregelung
- Y Nachhaltige **Sicherung der Gesundheits- und Pflegeversorgung** für Senioren

Unser Sozialsystem und unseren Arbeitsmarkt fair gestalten

Die FPÖ bekennt sich zum Sozialstaat Österreich. Unsere Solidargemeinschaft hat sich verpflichtet, Risiken bedingt durch Alter, Behinderung, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und schwere Schicksalsschläge zu mildern.

Die FPÖ steht für eine Sozialpolitik, die klar und deutlich die eigenen Staatsbürger in den Vordergrund stellt. Diese Position zieht sich von der Mindestsicherung bis hin zum leistbaren Wohnen. Vor allem in der jüngeren Vergangenheit ist der Sozialstaat durch Zuwanderungswellen an die Grenze seiner Belastbarkeit gelangt.

Darüber hinaus verdrängen billige Arbeitskräfte aus dem europäischen Osten österreichische Arbeitnehmer Schritt für Schritt vom heimischen Arbeitsmarkt und heizen dadurch die ohnehin schon auf Rekordniveau befindliche Arbeitslosigkeit weiter an. Während die Lebenshaltungskosten stetig steigen, stagnieren die Löhne real seit Jahren.

Eine Mindestsicherung für alle in Österreich lebenden Personen, die unabhängig von der Leistungsbereitschaft des Einzelnen finanzielle Mittel zusichert, wird von uns abgelehnt, weil sie einen massiven Anreiz für die weitere Zuwanderung nicht leistungsbereiter Migranten darstellt. Das Einfallstor in den Sozialstaat muss geschlossen werden.

Es ist inakzeptabel, dass österreichische Staatsbürger, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben und eine Mindestpension beziehen, weniger Leistung erhalten als viele Zuwanderer, die nie einen Cent in das Sozialsystem eingezahlt haben.



UNFAIR ist:

- ✦ Dass **Österreicher trotz einer Vollzeitbeschäftigung** mit ihrem Gehalt **kein Auskommen** finden können
- ✦ Dass **Pensionen hart arbeitender Österreicher geringer** sind als die Mindestsicherung für Zuwanderer
- ✦ Dass **Familienleistungen an Kinder** bezahlt werden, die bei wesentlich geringeren Lebenshaltungskosten **im Ausland** wohnen

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Soziales und Arbeit

- ✦ **Sektorale Schließung des österreichischen Arbeitsmarktes** für EU-Ausländer und Drittstaatsangehörige zum Schutz heimischer Arbeitnehmer
- ✦ **Einführung eines Mindestlohnes von 1.500 Euro** brutto monatlich, ohne die Arbeitgeber mehr zu belasten
- ✦ **Zugang zu Sozialleistungen** für Nicht-Staatsbürger erst nach mindestens fünfjähriger Beitragszahlung
- ✦ **Verwendung des AMS-Budgets** vorrangig für die Weiterqualifizierung österreichischer Arbeitsloser durch sinnvolle und gezielte Schulungsmaßnahmen

Unseren Wohnraum wieder leistbar machen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Österreich muss daher dafür Sorge tragen, dass Wohnraum auch für sozial Schwächere leistbar bleibt und in Ballungsräumen wieder verstärkt leistbar wird. Die Anforderungen von Jugendlichen, Familien sowie Älteren oder Menschen mit besonderen Bedürfnissen sind im geförderten und gemeinnützigen Wohnbau ebenso zu berücksichtigen.

Der soziale Wohnbau muss wieder zu einem Ort der Sicherheit werden. Soziale Durchmischung im sozialen Wohnbau bedeutet aber keinesfalls, dass dieser Wohnraum als Ersatz für jahrzehntelang misslungene Integrationsbestrebungen dienen kann und darf. Ein geförderter Wohnsitz – als eine der aufwändigsten Sozialleistungen – kann nur am Ende einer gelungenen Integration in unsere Gesellschaft stehen. Die Umkehrung dieses Grundsatzes ist gegenüber einheimischen Wohnungssuchenden nicht zu verantworten.

Ziel ist es, sozial verträgliche Mieten in bedarfsgerechten Wohnungen zur Verfügung zu stellen und die Schaffung von Eigentum zu unterstützen. Die Mietvertragsgebühr ist abzuschaffen. Dadurch sollen neue Wohnungsmieter, die sich ohnedies oft in einer finanziell angespannten Situation befinden, und Unternehmer entlastet werden.



UNFAIR ist:

- † Dass **österreichische Familien in unwürdigen Verhältnissen** leben müssen, weil für sie scheinbar keine passenden geförderten Wohnungen gefunden werden
- † Dass im sozialen Wohnbau **immer mehr Wohnungen an Menschen nicht-österreichischer Herkunft** vergeben werden und dadurch soziale und kulturelle Spannungen zu Lasten der verbleibenden Österreicher entstehen
- † Dass **gemeinnützige Wohnbauvereinigungen zwar immer weniger Wohnungen bauen**, dafür aber Unsummen für Managergehälter und Werbung ausgeben

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Wohnen

- Y **Wiederbelebung des sozialen Wohnbaus** und Bevorzugung österreichischer Staatsbürger bei der Wohnungsvergabe – ohne Deutschkenntnisse keine geförderte Wohnung
- Y **Prüfung von Wohnbaugenossenschaften durch den Rechnungshof**, um sozialen Wohnbau sicherzustellen
- Y **Erleichterungen bei der Schaffung von Eigentum** durch Ausbau von Mietkaufmodellen und Reduktion der Kaufnebengebühren
- Y **Gebührenbremse bei typischen Betriebskosten** wie Wasser-, Kanal- und Abfallgebühren

Unser Gesundheits- und Pflegesystem effizienter machen

Grundprinzip freiheitlicher Gesundheitspolitik ist das Bekenntnis zu einer hochwertigen medizinischen Versorgung für alle Staatsbürger. Eine Mehrklassenmedizin im öffentlichen Gesundheitswesen wird von der FPÖ abgelehnt. Das schließt auch Privilegien aufgrund der sozialen Zugehörigkeit oder der Mitgliedschaft zu einer Religionsgemeinschaft dezidiert aus.

Es ist festzuhalten, dass Österreichs Gesundheitswesen vor allem aufgrund der guten Ausbildung unserer Mediziner und ihrer hohen Leistungsbereitschaft international anerkannt ist. Die vordergründig geführte Spardebatte ist mit äußerster Vorsicht zu betrachten. Das österreichische Gesundheitswesen benötigt Strukturreformen und nicht Einsparungen. Sparpotential sieht die FPÖ zum Beispiel in der sinnvollen und gleichzeitig kosteneffizienteren Verschiebung medizinischer Leistungen von den Spitälern wieder zurück in den ambulanten, niedergelassenen Bereich. Das wird

aber derzeit durch den zunehmenden Mangel an Allgemeinmedizinern mit Kasserverträgen – vor allem wegen der schlechten Bezahlung und schwierigen Berufslaufbahnplanung – behindert.

Gerade bei der Pflege und Betreuung von alten, kranken und behinderten Menschen im Haushalt kommt dem Hausarzt als Vertrauensperson eine besondere Bedeutung zu. Der Hausarzt soll als Erstanlaufstelle weiterhin eine zentrale Rolle spielen und nicht durch an die DDR erinnernde Primärversorgungszentren ersetzt werden.



UNFAIR ist:

- ✚ Dass die **Patienten** in verschiedenen Bundesländern und von verschiedenen Kassen **unterschiedliche Leistungen erhalten**
- ✚ Dass die **Patienten immer länger auf Arzttermine, Operationen und Untersuchungen warten** müssen und im Spital sogar in Gangbetten liegen müssen
- ✚ Dass **Asylwerber vom ersten Tag an und ohne jeden Beitrag vollen Zugang** zum österreichischen Gesundheitssystem erlangen

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise bei Gesundheit und Pflege

- ✚ **Zusammenlegung aller Krankenkassen** mit getrennten Rechenkreisen für Staatsbürger und Ausländer
- ✚ **Bessere Bezahlung und Aufwertung aller Berufe** im medizinischen und im Pflegebereich
- ✚ **Krankenversicherungsbeiträge müssen den Patienten zugutekommen** und dürfen nicht in der Bürokratie versickern
- ✚ **Jährliche Valorisierung des Pflegegeldes** und Ausbau der stationären Pflegeeinrichtungen

Unsere Dörfer lebenswert erhalten und gestalten

Der ländliche Raum sichert nicht nur unseren Bedarf an gesunden Lebensmitteln, sondern spiegelt mit seiner kulturellen Vielfalt unsere gesamte Heimat Österreich wider.

Belebte Ortskerne mit Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Landärzten, Nahversorgern und Gasthäusern sowie attraktive Bedingungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind zu fördern. Gute öffentliche Verkehrsverbindungen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Aufwertung der ländlichen Regionen.

Um die Ausdünnung von Infrastruktur in den Gemeinden zu verhindern, ist es besonders wichtig, heimische Klein- und Mittelbetriebe zu unterstützen. Nur wenn es Arbeit vor Ort gibt, kann Abwanderung verhindert werden. Anstelle eines weiteren Wildwuchses von Einkaufszentren auf der grünen Wiese müssen die Ortskerne gestärkt werden.

Großer Handlungsbedarf besteht auch hinsichtlich der medizinischen Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Bereich. Der Beruf des Hausarztes in ländlichen Regionen ist zu attraktivieren, um einem drohenden und teils bereits eingetretenen Ärztemangel am Land entgegenzuwirken.

Gerade in grenznahen Gebieten sind der Erhalt und die Wiedereröffnung von Polizeiwachzimmern immens wichtig, um die Bevölkerung zu schützen und das Sicherheitsgefühl zu fördern.



UNFAIR ist:

- ✚ Dass die **Grundversorgung von Dorfbewohnern nicht mehr gesichert** ist und besonders alte Menschen mit eingeschränkter Mobilität dadurch im Stich gelassen werden
- ✚ Dass die **Pflege heimischen Brauchtums** in Form regionaltypischer Veranstaltungen zunehmend an Bürokratie, Auflagen oder gar falscher Rücksichtnahme auf kulturelle Eigenheiten von Zuwanderern **scheitert**
- ✚ Dass durch **mangelnde Berufsperspektiven** immer mehr Menschen gegen ihren Willen vom „Lebensraum Land“ **in die Ballungszentren getrieben werden**

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im ländlichen Raum

- ✔ **Erhalt und Förderung einer funktionsfähigen Infrastruktur** und Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel
- ✔ **Förderung der Regionalität und regionaler Produkte**
- ✔ **Keine weitere Schließung von Polizeiposten, Schulen oder Postämtern**
- ✔ **Maßnahmen für den Erhalt und Ausbau von Landarztpraxen**

Unsere Bauern als Garant für Lebensmittelsicherheit schützen

Das Schicksal unserer Heimat ist eng mit unserer Landwirtschaft verbunden. Österreich kann nur frei und unabhängig sein, wenn seine Landwirtschaft imstande ist, die Bevölkerung mit einem hohen Selbstversorgungsgrad mit gesunden Lebensmitteln zu beliefern. Die FPÖ bekennt sich zu einer bäuerlichen und dezentral strukturierten Landwirtschaft abseits von Agrarfabriken.

Ein freier und leistungsfähiger Bauernstand ist Voraussetzung für den Erhalt der natürlichen Existenzgrundlagen unserer Heimat. Eine flächengebundene land- und forstwirtschaftliche Produktion nimmt auf das kleinräumige natürliche Gleichgewicht Rücksicht, schont die natürlichen Ressourcen und schafft die für Österreich typische bäuerliche Kultur- und Erholungslandschaft.

Abgesehen von der land- und forstwirtschaftlichen Produktion hat der Bauernstand eine besondere volkswirtschaftliche Bedeutung für die Erhaltung

der Kulturlandschaft, für den Schutz der alpinen Siedlungsräume, für die Eigenversorgung mit gesunden Lebensmitteln, für die Krisenversorgung und für die Erhaltung der Landeskultur.

Die FPÖ bekennt sich zu einer vernünftigen Koexistenz von konventioneller und biologischer Landwirtschaft im Sinne der unternehmerischen Freiheit, sich für die jeweilige Produktionsform entscheiden zu können. Jegliche Landwirtschaft mit gentechnisch veränderten Organismen wird von uns Freiheitlichen abgelehnt. Um Österreich vor gentechnisch manipuliertem Saatgut zu schützen, müssen sowohl national als auch auf europäischer Ebene alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.



UNFAIR ist:

- ✦ Dass **billige und minderwertige Lebensmittel unser Land überschwemmen** und unsere Bauern in den wirtschaftlichen Ruin treiben
- ✦ Dass **internationale Handelsabkommen** das Inverkehrbringen von genmanipulierten Nahrungsmitteln in Österreich ermöglichen
- ✦ Dass die **Agrarförderungen nicht primär den aktiven Landwirten**, sondern öffentlichen Körperschaften sowie großen Handels- und Wirtschaftsbetrieben zugutekommen

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier Forderungen für die Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Landwirtschaft

- ✔ **Umsetzung eines nationalen Aktionsplanes** zur Sicherstellung der Selbstversorgungsfähigkeit mit Lebensmitteln aus heimischer Produktion
- ✔ **Nein zu den Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA**
- ✔ Schaffung einer **klaren, ehrlichen, verbindlichen** und für den Verbraucher nachvollziehbaren **Lebensmittelkennzeichnung**
- ✔ **Keinerlei Einsatz von Gentechnik** in der österreichischen Landwirtschaft

Unsere Tiere als Mitgeschöpfe achten

Die FPÖ besteht darauf, dass der verfassungsrechtlich als Staatszielbestimmung eingeführte Tierschutz umfassend umgesetzt wird. Wir wollen weg von der Massentierhaltung hin zu einem naturnahen, respektvollen Umgang mit unseren Tieren. Das kann am besten in kleinbäuerlichen Betrieben erfolgen und muss Ziel einer neuen, renationalisierten Landwirtschaftspolitik sein. Dies dient insbesondere auch einer Versorgung mit gesunden, natürlich produzierten Lebensmitteln.

Daher sind klein strukturierte bäuerliche Betriebe auch im Rahmen der Erfordernisse des Tierschutzes europäischen Agrarfabriken vorzuziehen. Artgerechte Tierhaltung wird in Agrarkonzernen organisationsbedingt vernachlässigt.

Alle Maßnahmen, die zur Verbesserung der Tierhaltung führen und künftige Tierhalter aufklären, sind zu unterstützen. Gerade Kinder und Jugendliche müssen früh erfahren, dass Tiere keine „Wegwerfartikel“, sondern Lebewesen sind. Tierschutz muss integraler Bestandteil der schulischen Ausbildung werden. Mehr Verantwortung des Einzelnen bei der Tierhaltung wird viele Tierschutzhäuser entlasten.

Die FPÖ befürwortet die waidgerechte, nachhaltige Ausübung der Jagd und der Fischerei auf der Basis der geltenden strengen Gesetze und spricht sich klar für den Erhalt des jagdlichen Brauchtums und für die Pflege der Tradition österreichischer Jäger und Fischer aus.



UNFAIR ist:

- 🚫 Dass **Tiere unter schrecklichen Bedingungen** in Lebendtransporten tausende Kilometer durch den Kontinent gekarrt werden
- 🚫 Dass **Tiere in Agrarfabriken** unter verabscheuungswürdigen Umständen auf engstem Raum gehalten werden
- 🚫 Dass **Haustierhalter die nötige Verantwortung für ihre Tiere vermissen lassen**, diese quälen oder aussetzen

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Tierschutz

- ✔ **Schärfere Auflagen und Überprüfungen** von Massentierhaltungen
- ✔ **Verbot des betäubungslosen Schlachtens** von Tieren, auch wenn dies religiös begründet wird
- ✔ Definition des **Tieres** in der Rechtsordnung **als Lebewesen und nicht als Sache**
- ✔ **Verbot von Tierversuchen** in der chemischen, agrarischen und kosmetischen Industrie

Unsere Umwelt und unser Wasser schützen

Sauberes Wasser, gesunde Böden, hochwertige Luftqualität und Artenvielfalt in der Tier- und Pflanzenwelt machen unser Österreich sehens- und lebenswert. Eine gestärkte Souveränität, auch in Energiefragen und im Rahmen der Versorgung mit gesunden Lebensmitteln und sauberem Wasser, schützt die Freiheit unserer Staatsbürger, deren vitale Lebensinteressen nicht zum Spielball internationaler Spekulanten und Konzerne werden dürfen.

Bei der Energiegewinnung setzt die FPÖ auf Nachhaltigkeit. Der Einsatz heimischer erneuerbarer Energieformen ist der sicherste Weg zur Erreichung von Umweltschutzziele. Durch den Ausbau von Sonnen-, Wasser-, Wind- und Bioenergieanlagen sowie durch die Verwendung umweltfreundlicher Kraftstoffe können Ressourcen geschont, die Umwelt geschützt und darüber hinaus ein bedeutender Arbeitsmarkt erschlossen werden.

Wir stehen für den Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kohlekraftwerke und lehnen die Nutzung der Kernkraft ab. Fossile Ressourcen sind endlich. Österreich muss daher dringend alle erforderlichen Maßnahmen setzen, um die Abhängigkeit davon drastisch zu verringern.



UNFAIR ist:

- ✚ Dass **enorme Mittel von österreichischen Steuerzahlern in einen höchst umstrittenen EURATOM-Vertrag fließen**, mit dem unter anderem der Ausbau von Kernkraft in unseren Nachbarländern gefördert wird
- ✚ Dass durch geplante internationale Abkommen wie TiSA die **Privatisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge bis hin zum Ausverkauf unseres Wassers** droht
- ✚ Dass unseren produzierenden Betrieben **mit scheinheiligen Emissionszertifikaten Geld aus der Tasche gezogen** wird, ohne dass dadurch die CO₂-Belastung effektiv reduziert wird

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Natur und Umwelt

- ✚ **Kein Ausverkauf des heimischen Wassers** und keine Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge
- ✚ **Konsequente Umstellung der Energieversorgung** auf heimische und erneuerbare Ressourcen
- ✚ **Naturschutz in einer Partnerschaft** von Landwirtschaft, Wirtschaft, Jagd und Fischerei
- ✚ **Artenvielfalt für nachfolgende Generationen erhalten**

Unsere Leistungsträger belohnen und nicht bestrafen

Die Steuer- und Abgabenquote bewegt sich trotz der von SPÖ und ÖVP gepriesenen Steuerreform 2016 weiterhin auf dem enorm hohen Niveau von mehr als 43 Prozent. Ziel muss daher sein, die Staatseinnahmen auf 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu drücken. Dazu muss der Staat endlich bei seinen Ausgaben sparen.

Im freiheitlichen Wirtschaftsprogramm wird genau dargestellt, wie das angestrebte Ziel einer Steuer- und Abgabenquote von 40 Prozent zu erreichen ist. Dies entspricht einer Entlastung der Bürger um mindestens 12 Milliarden Euro im Jahr, die in erster Linie den Leistungsträgern und den Familien zugutekommen soll. Begleitet werden soll diese Entlastung von wirtschaftsfördernden Investitionen in Grundlagenforschung und Infrastruktur. Einsparungspotentiale liegen in einer Optimierung der Sozialausgaben, des Förderwesens, des Föderalismus und der allgemeinen Verwaltung, aber auch in einer Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger. Ausgabenseitig ist ein Sparpo-

tential von zumindest 13 Milliarden Euro zur Gegenfinanzierung der Entlastung vorhanden.

Von entscheidender Bedeutung ist zudem, dass die „Kalte Progression“, die dem Finanzminister jährlich Mehreinnahmen in Milliardenhöhe beschert, endlich gestoppt wird und die Steuerstufen an die Teuerung gekoppelt werden.

Um den in vielen Familien bestehenden Wunsch nach mehr Kindern nicht am Finanziellen scheitern zu lassen, haben die Freiheitlichen ein Familienentlastungsmodell entwickelt, das alternativ zur normalen Besteuerung gewählt werden kann. Die jährliche Steuerersparnis kann pro Familie bis zu 7.000 Euro betragen.

Die FPÖ bekennt sich zum Aufbau von Eigentum und Vermögen und wendet sich daher strikt gegen die Einführung von Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuern.



UNFAIR ist:

- ✚ Dass die Bürger mit einer **unverhältnismäßig hohen Steuer- und Abgabenquote** weit über Gebühr belastet werden
- ✚ Dass die „**Kalte Progression**“ die Lohnerhöhungen auffrisst und dem Finanzminister Jahr für Jahr zusätzliche Einnahmen auf Kosten der Steuerzahler beschert
- ✚ Dass **Familien**, die das Fundament unserer Gesellschaft bilden, **im Steuersystem benachteiligt** werden

Österreicher verdienen FAÏRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Steuern

- ✔ **Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent** – Steuersenkung um 12 Milliarden Euro
- ✔ **Vereinfachung und Entrümpelung sämtlicher Steuergesetze** – Streichung von Bagatellsteuern und -abgaben
- ✔ **Stopp der „Kalten Progression“** durch automatische Anpassung der Steuerstufen an die Teuerungsrate
- ✔ **Mehr Geld für Familien** durch ein Steuermodell, das bei mehr Kindern zu geringerer Steuerlast führt

Unsere Betriebe von bürokratischen und finanziellen Schikanen entlasten

Vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch die Industrie sind es, die in Österreich Arbeitsplätze schaffen und sichern. Die Betriebe besser für den internationalen Wettbewerb zu rüsten, muss eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein. Will man Mitarbeiterabbau verhindern, bedarf es eines Wirtschaftswachstums von zumindest zwei Prozent, das zuletzt in Österreich im Jahr 2011 überschritten wurde.

Österreichs Unternehmen sehen sich aktuell zu vielen Hürden und Schikanen gegenüber, die von der enormen Steuer- und Abgabenlast über eine Finanzierungsklemme bis hin zur überbordenden Bürokratisierung reichen. Letztere beginnt bereits bei der Unternehmensgründung, die in Österreich mit durchschnittlich 25 Tagen so lange dauert wie fast nirgends in der EU.

Österreichs Betriebe brauchen Freiraum und Entlastung in vielen Bereichen. Eine freiheitliche Kernforderung ist eine umfassende Reform der

Gewerbeordnung mit einer deutlichen Reduktion der reglementierten Gewerbe und einem einheitlichen Gewerbeschein für alle freien Gewerbe. Damit einhergehen soll ein Ende des Kammerzwangs, wobei die Wirtschaftskammer als Interessenvertretung freiwilliger Mitglieder erhalten bleiben und ihre Serviceleistungen verbessern soll.

Besonderes Augenmerk im Rahmen der Wirtschaftspolitik ist in Österreich auf den Bereich Tourismus und Gastronomie zu legen, der einen BIP-Anteil von mehr als 16 Prozent erzielt. Schikanöse Maßnahmen, die insbesondere diese Branche treffen – etwa die Erhöhung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf 13 Prozent oder die Verlängerung der Abschreibungszeiträume – sind daher zurückzunehmen. Ebenso das beschlossene Rauchverbot, welches teils erhebliche Investitionen in die Trennung von Raucher- und Nichtraucherbereichen mit einem Schlag vernichtet.



UNFAIR ist:

- ✦ Dass Rot und Schwarz **Österreichs Wirtschaftswachstum von der Überholspur sukzessive auf den Pannestreifen** führen und damit Arbeitsplätze vernichtet werden
- ✦ Dass die **erdrückende Steuer- und Abgabenlast** den Gewinn der Unternehmer schmälert und ihnen die Möglichkeit nimmt, neue Arbeitsplätze zu schaffen
- ✦ Dass die **enorme Bürokratie Unternehmensgründungen behindert** und vielen Wirtschaftstreibenden ihr Tun verleidet

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Wirtschaft

- Y Eine **neue, freie Gewerbeordnung für freie Unternehmer**, die über ihre Mitgliedschaft in der Wirtschaftskammer selbst entscheiden dürfen
- Y **Entbürokratisierung, Beschleunigung und Komplexitätsreduktion** bei allen behördlichen Verfahren (echter One-Stop-Shop für Unternehmen)
- Y **Stärkung der Finanzkraft unserer Betriebe**, beispielsweise durch Wiedereinführung von Investitionsfreibeträgen, dynamischere Abschreibungen und geringere Gewinnbesteuerung
- Y **Rücknahme der** im Rahmen der letzten Steuerreform beschlossenen **wirtschaftsfeindlichen Maßnahmen**, Senkung von Lohnnebenkosten und Streichung von Bagatellsteuern

Unsere Infrastruktur ausbauen und erneuern

Die Zukunft Österreichs insbesondere als Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort hängt von einer leistungsfähigen Infrastruktur ab. Diese wird immer mehr zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor. Investitionen in die österreichische Infrastruktur sind als Impulsmaßnahme für die Wirtschaft und für Arbeitsplätze zu sehen.

Die FPÖ bekennt sich zum Individualverkehr. Schikanen, steigende Kosten und künstliche Behinderungen stehen dem Recht auf individuelle Mobilität entgegen und sind abzubauen. Insbesondere darf es nicht sein, dass Fahrer von Diesel-Fahrzeugen jetzt dafür büßen sollen, dass die Autohersteller-Konzerne bei der Abgasmesung betrogen haben.

Neue Technologien ermöglichen in immer höherem Ausmaß eine umweltschonende Nutzung individueller Verkehrsmittel. Gleichzeitig muss aber auch der öffentliche Verkehr ausgebaut und bedarfsgerecht adaptiert werden.

Neben dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auf der Straße, der Schiene, in der Luft und auf dem Wasser bedarf es auch Investitionen in den Bereichen Post, Informations- und Kommunikationstechnologie, Energie und Forschung. Unerlässlich sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bevölkerung ist der flächendeckende Ausbau eines leistungsfähigen Breitband-Netztes.



UNFAIR ist:

- † Dass **Menschen, die ihr Kfz** für den Weg zur Arbeit dringend **benötigen, keinen ausreichenden Ersatz** für die dadurch entstehenden Kosten **erhalten**
- † Dass das **Netz der öffentlichen Verkehrsmittel** durch Streichung von Verbindungen und ständige Preissteigerungen zunehmend **unattraktiv** wird
- † Dass außerhalb der Ballungszentren **kein leistungsfähiger Zugang zum Internet** vorhanden ist

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Infrastruktur

- ‡ **Garantie für die Nutzung von Diesel-Kfz bis 2050** – keine Schikanen für Diesel-Fahrer
- ‡ **Einführung eines Österreich-Tickets** für alle öffentlichen Verkehrsverbindungen
- ‡ Zügiges Vorantreiben des **Ausbaus von Breitband-Internet**
- ‡ Erstellung einer umfassenden **österreichischen Infrastruktur-Gesamtstrategie** mit einem Planungshorizont bis 2030

Unseren Rechtsstaat verteidigen

Der Staat ist nicht Selbstzweck, sondern hat der Freiheit, der Sicherheit und dem Wohl seiner Bürger zu dienen. Da ausschließlich der demokratische Rechtsstaat über eine hinreichende Legitimation durch den Bürger verfügt, ist er Träger des Gewaltmonopols zur Durchsetzung der Rechtsordnung. Es ist ureigenste Aufgabe des Staates, die Rechtsordnung entschlossen durchzusetzen, Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten und dem Bürger Glaubwürdigkeit und Sicherheit zu garantieren.

Die Rechtsprechung als dritte staatliche Gewalt muss auch in Zukunft unter der verfassungsrechtlichen Garantie der absoluten Unabhängigkeit stehen. Die Beteiligung des Volkes an der Rechtsprechung ist zur Sicherstellung einer breiten Akzeptanz der Judikatur zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die Rechtsordnung muss immer das Ergebnis demokratischer Entscheidungsabläufe sein. Der Staat darf die Grund- und Freiheitsrechte des Ein-

zelnen nur dort begrenzen, wo der Missbrauch dieser Rechte die Freiheitsräume anderer oder der Gemeinschaft verletzen würde.

Die oftmals verhältnismäßig geringe Bestrafung von Gewalt- und Sexualstraftätern erschüttert das Vertrauen in die Justiz, insbesondere wenn der Verdacht einer Rücksichtnahme auf den kulturellen Hintergrund von Straftätern ausländischer Herkunft laut wird. Um der Gerichtsbarkeit die Möglichkeit zu geben, derartige Verbrechen angemessen zu bestrafen, bedarf es einer Anhebung der Strafunter- und -obergrenzen im Bereich der strafbaren Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung. Je schwerer die Form der Gewalt ist, desto schärfer muss die Sanktion sein.

UNFAIR ist:

- ✦ Dass **Verbrechensopfer immer noch auf die nötige medizinische und psychologische Betreuung warten müssen**, während die Täter im schlimmsten Fall bereits wieder aus der Haft entlassen sind
- ✦ Dass unsere **Justizwachebeamten wegen chronischen Personalmangels immer höheren Gefahren** durch aggressive Häftlinge sowie extremen psychischen und physischen Belastungen **ausgesetzt** sind
- ✦ Dass **Häftlinge bei medizinischen Behandlungen nach Privatarifen abgerechnet werden** und daher eine bessere Gesundheitsversorgung haben als gesetzlich versicherte Bürger

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Justiz

- ✔ **Rascher, unkomplizierter und kostengünstiger Zugang zum Recht**
- ✔ **Härtere Strafen bei Sexualverbrechen und bei Gewaltdelikten** bei gleichzeitigem Ausschluss jeglicher Hafterleichterungen wie etwa einer elektronischen Fußfessel
- ✔ **Lebenslanges Tätigkeitsverbot für verurteilte Kinderschänder** in Berufen und ehrenamtlichen Tätigkeiten mit Kontakt zu Kindern
- ✔ **Konsequente Überstellung von ausländischen Häftlingen** in ihre Heimatländer, damit sie dort ihre Haft verbüßen



Unsere Verwaltung nachhaltig reformieren

Die Bürokratie in Österreich ist von Mehrfachzuständigkeiten, Doppelgleisigkeiten und legislativem Wildwuchs geprägt. Der rot-schwarze Förderdschungel und Verwaltungsspeck verschlingen Unsummen an Steuergeld. Echte Transparenz und Effizienz gibt es nicht.

Der Weg zu einer effizienten und transparenten Verwaltung führt über eine in der Verfassung klar definierte Kompetenzaufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, insbesondere in den Bereichen Schule und Gesundheit. Dadurch wird verhindert, dass Bund und Länder, wie es derzeit üblich ist, Aufgaben und damit finanzielle Lasten an die Gemeinden übertragen.

Mit Steuergeld muss sorgsam umgegangen werden. Die FPÖ fordert eine Subventionsbremse. Nirgends wird so viel Geld wie in Österreich durch Förderungen vergeben – und das ohne jede Transparenz. Hier herrscht erhebliches Einsparungspo-

tential zugunsten des Gesamtbudgets und damit zur Verhinderung der für künftige Generationen belastenden Neuverschuldungspolitik. Das gesamtstaatliche strukturelle Defizit ist zu begrenzen, Haushaltsdefizite dürfen nicht mehr durch immer neue Kreditaufnahmen über dem festgelegten Wert ausgeglichen werden.

Föderalismus ist gelebte Bürgernähe. Es muss den Ländern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Anschaffungen selbst zu finanzieren. Eine auf die Regionen zugeschnittene Politik ist wirksamer, weil auf örtliche Verhältnisse Rücksicht genommen werden kann und alle Informationsflüsse vor Ort erfolgen. Mehr Kompetenzen für Länder bedeutet auch mehr Verantwortung und mehr Eigeninitiative. Eine grundlegende Überarbeitung des Finanzausgleichs würde die zahllosen Finanzströme zwischen den Gebietskörperschaften reduzieren.



UNFAIR ist:

- † Dass **Gemeinden mit Aufgaben und Kosten durch Bund und Länder** über Gebühr **belastet** werden, z. B. bei der Flüchtlingsversorgung
- † Dass eine **ineffektive und intransparente Verwaltung** enorme Kosten verursacht, ohne dass die Bürger dafür irgendwelche Leistungen erhalten
- † Dass der Staat mit einer **unverantwortlichen Schuldenpolitik** zukünftige Generationen belastet

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise im Bereich Verwaltung

- † **Eine klare und verbindliche Aufteilung von Kompetenzen** zwischen Bund, Ländern und Gemeinden
- † **Mehr Unterstützung für unsere Gemeinden** bei den ihnen übertragenen Aufgaben
- † **Bündelung der Einnahmen- und Ausgabenverantwortung**
- † Eine in der Verfassung verankerte **Subventionsbremse**

Unsere Identität in Europa bewahren

Die FPÖ steht für ein Europa als Verbund von selbstbestimmten Völkern und Vaterländern, die in der Tradition einer abendländischen geprägten Leitkultur stehen. In diesem Zusammenhang haben auch die nationalstaatliche Unabhängigkeit und die immerwährende Neutralität Österreichs einen hohen Stellenwert.

Nur ein souveränes Land kann seine Unabhängigkeit und damit die Freiheit bewahren, die dem Neutralitätsgedanken zugrunde liegt. Diese Souveränität sowie das Ideal eines Europas der Vaterländer sind jedoch von den aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union zunehmend bedroht, zumal das Ziel der EU ein zentralistisch geführter Bürokratiemoloch ist.

Ziel der europäischen Integration muss die Gemeinschaft jener Staaten sein, die geographisch, geistig und kulturell Europa ausmachen und die sich den abendländischen Werten, dem Erbe

der Kulturen und den Traditionen der europäischen Völker verpflichtet haben. Die FPÖ tritt für ein Europa ein, das echte Demokratie ermöglicht und den mündigen, freien Bürger respektiert.

Wir Freiheitliche treten für eine Neuordnung und Reform des europäischen Vertragswerkes ein, wodurch insbesondere die historischen Fehlentwicklungen des Maastricht- und des Lissabon-Vertrages rückgängig gemacht werden. Aus freiheitlicher Sicht ist eine gemeinsame Währung nur dann sinnvoll, wenn die Volkswirtschaften, die ihr angehören, ähnlich strukturiert sind.



UNFAIR ist:

- ✚ Dass den **Nationalstaaten schleichend immer mehr Kompetenzen entzogen werden** und zudem ein völlig unnötiger Regulierungswahn durch die EU entwickelt wird
- ✚ Dass die **EU laufend ihre eigenen Regeln und Gesetze bricht** und dadurch Entwicklungen wie Massenzuwanderung und Schuldenunion ermöglicht
- ✚ Dass eine **jeder Neutralität widersprechende Politik**, wie aktuell gegen Russland, der heimischen Wirtschaft und Landwirtschaft massiven Schaden zufügt

Österreicher verdienen FAIRNESS:

Vier FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise in Europa

- ✚ **Mehr Souveränität, Subsidiarität und Demokratie** – Rückübertragung von Kompetenzen aus Brüssel an die Mitgliedstaaten
- ✚ Sichere EU-Außengrenzen – **Stopp unkontrollierter Massenzuwanderung**
- ✚ **Ausstieg aus dem ESM-EFSF-Haftungswahnsinn** zum Schutz der heimischen Sparer
- ✚ **Klares Nein zum EU-Beitritt der Türkei**, sofortiger Abbruch der Beitrittsverhandlungen und Stopp jeglicher Zahlungen an die Türkei



Impressum: FPÖ, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien /
Druck: Druckerei Odysseus, Stavros Vrachoritis GmbH,
2325 Himberg bei Wien

